Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 18 / 26 475
Schriftliche Anfrage

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Thorsten Weiß (AfD)

vom 02. Februar 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 03. Februar 2021)

zum Thema:
Jugendstrafrecht: Diversionsverfahren

und **Antwort** vom 19. Februar 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 22. Feb. 2021)

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Senatsverwaltung für Justiz,
Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

Herrn Abgeordneten Thorsten Weiß (AfD)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/26475
vom 2. Februar 2021
über Jugendstrafrecht: Diversionsverfahren

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1.) Wie hoch waren in der 17. und 18. WP die Anzahl der Ermittlungsverfahren, die in die Zuständigkeit der Jugendgerichtsbarkeit fielen? (Bitte um jährliche Angaben in absoluten Zahlen nach Prozent zu Gesamtverfahren)

Zu 1.: Es wird davon ausgegangen, dass statt „in die Zuständigkeit der Jugendgerichtsbarkeit“ „in den Anwendungsbereich des Jugendgerichtsgesetzes (JGG)“ gemeint ist. Zudem wird einleitend mitgeteilt, dass aus dem Aktenverwaltungssystem der Berliner Strafverfolgungsbehörden nur die Verfahren der letzten fünf Jahre statistisch auswertbar vorliegen, da ältere Verfahren aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen gelöscht werden müssen.

Die als Anlage I beigefügte Statistik enthält die Anzahl der Verfahren der Jugendabteilungen der Staatsanwaltschaft und setzt sie ins Verhältnis zu den Gesamteingängen der Staatsanwaltschaft und Amtsanwaltschaft in Berlin. Es wird darauf hingewiesen, dass es jedoch vereinzelt auch Verfahren gegen Jugendliche außerhalb der Jugendabteilungen in anderen Spezialabteilungen gibt, die sich nicht statistisch auswertbar ermitteln lassen.

2.) Wie stellt sich die durchschnittliche Dauer der Diversionsverfahren in Monaten ab Tat bzw. ab Anhängigkeit bei Gericht dar?

Zu 2.: Eine statistische auswertbare Erfassung erfolgt insoweit nicht.

3.) Bei welchen Straftaten ist eine Einstellung (nach § 45 Abs. 1 JGG) zu erwägen? Welche Richtlinien gelten dazu im Land Berlin?

Zu 3.: Gemäß § 45 Abs. 1 JGG können die Strafverfolgungsbehörden von einer Verfolgung absehen, wenn die Voraussetzungen des § 153 Strafprozessordnung (StPO) vorliegen. Eine Einstellung nach § 45 Abs. 1 JGG kommt demnach nur bei Vergehen im Sinne von § 12 Abs. 2 Strafgesetzbuch (StGB) in Betracht. Orientierungshilfen für die

Entscheidung finden sich in den Richtlinien zum JGG sowie der Gemeinsamen Allgemeinen Verfügung über die vermehrte Anwendung des § 45 JGG im Verfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende (Diversionsrichtlinie) vom 2. Oktober 2014.

4.) Wie häufig kam seit der 17.WP in Berlin § 45 Abs. 1 JGG zur Anwendung? Bitte nach Jahr aufschlüsseln und nach den folgenden Kriterien differenzieren:

a.) Diebstahl, Unterschlagung, Hehlerei geringwertiger Sachen und Vermögensdelikte (§§ 242, 246, 248 a, 259, 263, 265 a StGB) mit einem Schaden oder Sachwert nicht über 25,00 EUR
b.) unbefugter Gebrauch eines Kraftfahrzeuges (§ 248 b StGB), wenn das benutzte Fahrzeug im Eigentum von Familienangehörigen steht oder eine Fahrerlaubnis nicht erforderlich ist;
c.) Fahren ohne Fahrerlaubnis (§ 21 StVG), wenn der Tatbestand durch eigene Benutzung eines Mopeds oder Mofas oder eines unter Anleitung von Fahrerlaubnisinhabern benutzten Personenkraftwagens verwirklicht worden ist, ohne dass eine verkehrsgefährdende Situation herbeigeführt wurde;
d.) Verstöße gegen das Pflichtversicherungsgesetz (§§ 1, 6 PflVG), wenn ein Unfall oder eine Gefährdungssituation nicht eingetreten ist;
e.) leichte Verstöße gegen das Kraftfahrzeugsteuergesetz (§§ 1, 4 KfzStG)
f.) unerlaubtes Entfernen vom Unfallort (§ 142 StGB), wenn der Fremdschaden nicht über 100,00 EUR liegt oder der Beschuldigte wesentlich zur Unfallaufklärung beigetragen hat und ein Fahrverbot wegen der Besonderheit des Einzelfalles nicht in Betracht kommt
g.) Sachbeschädigung (§ 303 StGB), wenn zwar Strafantrag nach § 303 c StGB gestellt, aber das besondere öffentliche Interesse an der Strafverfolgung zu verneinen ist
h.) Hausfriedensbruch (§ 123 StGB)
i.) Beleidigung (§ 185 StGB)
j.) leichte Verstöße gegen das Telekommunikationsgesetz (§§ 94, 95 Telekommunikationsgesetz)
k.) leichte Fälle des Missbrauchs von Notrufen (§ 145 StGB)
l.) geringfügige Verstöße gegen das Urheberrechtsgesetz, sofern wirksam auf die Rückgabe der sichergestellten Vervielfältigungsstücke verzichtet oder wirksam in eine Vernichtung der durch die Tat hervorgebrachten Produkte eingewilligt wird
m.) fahrlässige Körperverletzung (§ 229 StGB), wenn zwar Strafantrag nach § 230 StGB gestellt, aber das besondere öffentliche Interesse an der Strafverfolgung zu verneinen ist
n.) Wie häufig kam seit der 17.WP in Berlin § 45 Abs. 1 JGG in sonstigen Fällen zur Anwendung? Bitte nach Jahr aufschlüsseln

Zu 4 a) bis f) und j) bis l)): Eine derartige Differenzierung erfolgt durch das Aktenverwaltungssystem der Berliner Strafverfolgungsbehörden in statistisch auswertbarer Form nicht.

Zu 4 g): Auf ein besonderes öffentliches Interesse an der Strafverfolgung käme es nur an, wenn kein Strafantrag gestellt worden wäre. Die Frage betrifft ausdrücklich Fälle, in denen Strafantrag gestellt wurde. Daher sind keine Verfahren bekannt, in denen Strafantrag gestellt jedoch mangels besonderen öffentlichen Interesses von einer Verfolgung abgesehen wurde. Ergänzend wird ausgeführt, dass es sich bei der Sachbeschädigung um ein Privatklagedelikt handelt, das in Verfahren gegen Jugendliche unter den Voraussetzungen von § 80 Abs. 1 Satz 2 JGG verfolgt wird.

Zu 4 h), i) und n): Die Gesamtzahl aller Einstellungen gemäß § 45 Abs. 1 JGG in den letzten fünf Jahren ergibt sich aus der beigefügten Anlage II.

Zu 4 m): Auf ein besonderes öffentliches Interesse an der Strafverfolgung käme es nur an, wenn kein Strafantrag gestellt worden wäre. Die Fragen betrifft ausdrücklich Fälle, in denen Strafantrag gestellt wurde. Daher sind keine Verfahren bekannt, in denen Strafantrag gestellt jedoch mangels besonderen öffentlichen Interesses von einer Verfolgung abgesehen wurde. Ergänzend wird ausgeführt, dass es sich bei der fahrlässigen Körperverletzung um ein Privatklagedelikt, das in Verfahren gegen Jugendliche unter den Voraussetzungen von § 80 Abs. 1 Satz 2 JGG verfolgt wird.

5.) Bei welchen Straftaten ist eine Einstellung (nach § 45 Abs. 2 JGG) zu erwägen? Welche Richtlinien gibt es dazu im Land Berlin?

Zu 5.: Nach § 45 Abs. 2 JGG sieht die Staatsanwaltschaft von der Verfolgung einer Tat ab, wenn bereits eine erzieherische Maßnahme eingeleitet oder durchgeführt ist und die Staatsanwaltschaft weder die Beteiligung des Richters nach Abs. 3 der Norm noch die Erhebung einer Anklage für erforderlich erachtet. Die Entscheidung, bei welchen Straftaten ein Vorgehen nach § 45 Abs. 2 JGG in Betracht kommt, obliegt insoweit allein den jeweiligen Jugendstaatsanwältinnen und Jugendstaatsanwälten. Orientierungshilfen finden sich in den Richtlinien zum JGG sowie der Gemeinsamen Allgemeinen Verfügung über die vermehrte Anwendung des § 45 JGG im Verfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende (Diversionsrichtlinie) vom 2. Oktober 2014.

6.) Wie häufig kam seit der 17.WP in Berlin § 45 Abs. 2 JGG zur Anwendung? Bitte nach Jahr aufschlüsseln und nach den folgenden Kriterien differenzieren:

a.) unbefugter Gebrauch von Kraftfahrzeugen (§ 248 b StGB), wenn das benutzte Fahrzeug nicht im Eigentum von Familienangehörigen steht und eine Fahrerlaubnis erforderlich ist
b.) Fahren ohne Fahrerlaubnis (§ 21 StVG) und Fahren ohne Pflichtversicherungsschutz (§§ 1, 6 PflVG), wenn dabei eine Gefährdungssituation entstanden ist oder ein Unfall ohne schwere Folgen verursacht wurde
c.) Sachbeschädigungen (§ 303 StGB), wenn das besondere öffentliche Interesse an der Strafverfolgung nach § 303 c StGB zu bejahen ist
d.) unerlaubtes Entfernen vom Unfallort (§ 142 StGB), wenn der Fremdschaden einen Betrag von 200,00 EUR nicht übersteigt und ein Fahrverbot wegen der Besonderheit des Einzelfalles nicht in Betracht kommt
e.) Eigentums- und Vermögensdelikte im Sinne von Nummer 1 bei Schäden oder Sachwerten bis zu 75,00 EUR
f.) leichte Fälle der fahrlässigen Körperverletzung, wenn das besondere öffentliche Interesse an der Strafverfolgung gemäß § 230 Abs. 1 Satz 1 StGB zu bejahen ist
g.) leichte Fälle der vorsätzlichen Körperverletzung (§ 223 StGB [Angriffsintensität und Folgen gering]), wenn das besondere öffentliche Interesse an der Strafverfolgung gemäß § 230 Abs. 1 Satz 1 StGB zu bejahen ist
h.) Wie häufig kam seit der 17.WP in Berlin § 45 Abs. 2 JGG in sonstigen Fällen zur Anwendung? Bitte nach Jahr aufschlüsseln

Zu 6.: Statistisch Auswertbar ist insoweit nur die Gesamtzahl der Einstellungen gemäß § 45 Abs. 2 JGG in den letzten fünf Jahren. Diese ergibt sich aus der Anlage II. Eine den Unterfragen entsprechende Differenzierung erfolgt durch das Aktenverwaltungssystem der Strafverfolgungsbehörden in statistisch auswertbarer Form nicht.

7.) In welchen Fällen kann auf eine jugendstrafrechtliche Sanktion durch Urteil nicht verzichtet werden?

Zu 7.: Die Pflicht zu einer jugendstrafrechtlichen Sanktion durch Urteil ist im Jugendgerichtsgesetz nicht geregelt. Ob im Einzelfall ein Urteil erforderlich ist, obliegt der Prüfung durch die Jugendstaatsanwältinnen bzw. Jugendstaatsanwälte und Jugendrichterinnen bzw. Jugendrichter.

8.) Wie hat sich die Datenlage zu den jugendstrafrechtlichen Reaktionen nach der sogenannten „Moabiter Treppe“ seit 1997 entwickelt? (Bitte nach Jahr aufschlüsseln)

Zu 8.: Der Begriff „Moabiter Treppe“ soll nach einer Broschüre der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie über ambulante sozialpädagogische Angebote nach dem Jugendgerichtsgesetz eine umgangssprachliche Bezeichnung für die im Stufenverhältnis

zueinanderstehenden strafrechtlichen Reaktionen sein. Bei den Strafverfolgungsbehörden ist diese Bezeichnung jedoch tatsächlich nicht geläufig. Statistische Erhebungen finden hierzu nicht statt.

9.) Wie hoch ist die Rückfallquote derjenigen, die an einem Diversionsverfahren teilgenommen haben und wie hat sich diese Zahl seit der 17. WP entwickelt?

Zu 9.: Statistisch auswertbare Erhebungen erfolgen hierzu nicht.

10.) Zwar wird auch die gerichtliche Einstellung nach § 47 JGG mitunter als „Diversion“ bezeichnet, sie ist jedoch nicht Regelungsgegenstand der Diversionsrichtlinie. Wie häufig kam seit der 17.WP in Berlin § 47 JGG zur Anwendung? Bitte um jährliche Angaben, aufgeschlüsselt nach: Jugendrichter, Jugendschöffengericht, Jugendkammer (I. Instanz), Große Jugendkammer (II. Instanz), Kleine Jugendkammer (II. Instanz).

Zu 10.: Die Anzahl der nach § 47 JGG erledigten Verfahren seit der 17. Wahlperiode ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle. Diese beruhen – im Gegensatz zu den Daten im Rahmen der Antwort auf Frage 1 - nicht auf dem Aktenverwaltungssystem der Berliner Strafverfolgungsbehörden, sondern auf der bundeseinheitlichen StP/OWi-Statistik.

	2011	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	**2016**
Jugendrichter	3.787	2.717	2.714	2.861	3.612	3.317
Jugendschöffengericht	217	158	180	166	183	123
Jugendkammer (I. Instanz)	-	1	2	2	1	1
Große Jugendkammer (II. Instanz)	3	2	2	3	1	-
Kleine Jugendkammer (II. Instanz)	6	1	3	5	4	1

	2017	**2018**	**2019**	**I Qu. 2020**	**II. Quartal 2020**	**III. Quartal 2020**
Jugendrichter	3.391	3.532	3.207	774	746	839
Jugendschöffengericht	132	145	144	30	30	37
Jugendkammer (I. Instanz)	6	1	1	1	0	1
Große Jugendkammer (II. Instanz)	3	0	1	1	0	2
Kleine Jugendkammer (II. Instanz)	5	3	2	1	1	3

Zahlen für das 4. Quartal 2020 bzw. für das Jahr 2020 liegen noch nicht vor.

Berlin, den 19. Februar 2021

In Vertretung

Dr. Brückner
Senatsverwaltung für Justiz,
Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

Anlage 1

1.Eingänge der Jugendabteilungen 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267 im Zeitraum 01.01.2016 bis 07.02.2021

Systemeingangsjahr des Verfahrens	Anzahl Js-Verfahren	davon mit Verstoß gegen §123 StGB	davon mit Verstoß gegen §185 StGB	davon mit Verstoß gegen §123 StGB und §185 StGB	Anzahl UJs-Verfahren	davon mit Verstoß gegen §123 StGB	davon mit Verstoß gegen §185 StGB	davon mit Verstoß gegen §123 StGB und §185 StGB
2016	37992	1699	2367	95	1178	5	29	0
2017	36682	1362	2266	98	1071	4	25	0
2018	37726	1418	2358	89	1032	6	18	0
2019	37569	1524	2339	73	937	0	34	0
2020	39352	1608	2659	67	962	4	41	1
2021 (bis 07.02.2021)	4494	164	339	8	86	2	4	0

2. Eingänge der StA im Zeitraum 01.01.2016 bis 07.02.2021

Systemeingangsjahr des Verfahrens	Anzahl Js-Verfahren	davon mit Verstoß gegen §123 StGB	davon mit Verstoß gegen §185 StGB	davon mit Verstoß gegen §123 StGB und §185 StGB	Anzahl UJs-Verfahren	davon mit Verstoß gegen §123 StGB	davon mit Verstoß gegen §185 StGB	davon mit Verstoß gegen §123 StGB und §185 StGB
2016	190525	3756	8671	442	91245	262	1078	2
2017	181710	3104	8328	398	80854	190	814	3
2018	182664	3114	8727	382	82456	169	845	3
2019	187070	3321	8785	361	95162	209	857	7
2020	181365	3166	9890	298	89712	228	1168	12
2021 (bis 07.02.2021)	17615	263	862	19	13467	37	169	4

3. Prozentualer Anteil der Jugendverfahren an der Gesamtzahl der Eingänge der StA

Systemeingangsjahr des Verfahrens	Prozentualer Anteil Js-Verfahren	davon mit Verstoß gegen §123 StGB	davon mit Verstoß gegen §185 StGB	davon mit Verstoß gegen §123 StGB und §185 StGB	Anzahl UJs-Verfahren	davon mit Verstoß gegen §123 StGB	davon mit Verstoß gegen §185 StGB	davon mit Verstoß gegen §123 StGB und §185 StGB
2016	19,94%	45,23%	27,30%	21,49%	1,29%	1,91%	2,69%	0,00%
2017	20,19%	43,88%	27,21%	24,62%	1,32%	2,11%	3,07%	0,00%
2018	20,65%	45,54%	27,02%	23,30%	1,25%	3,55%	2,13%	0,00%
2019	20,08%	45,89%	26,62%	20,22%	0,98%	0,00%	3,97%	0,00%
2020	21,70%	50,79%	26,89%	22,48%	1,07%	1,75%	3,51%	8,33%
2021 (bis 07.02.2021)	25,51%	62,36%	39,33%	42,11%	0,64%	5,41%	2,37%	0,00%

4. Eingänge der AA im Zeitraum 01.01.2016 bis 07.02.2021

Systemeingangsjahr des Verfahrens	Anzahl Js-Verfahren	davon mit Verstoß gegen §123 StGB	davon mit Verstoß gegen §185 StGB	davon mit Verstoß gegen §123 StGB und §185 StGB	Anzahl UJs-Verfahren	davon mit Verstoß gegen §123 StGB	davon mit Verstoß gegen §185 StGB	davon mit Verstoß gegen §123 StGB und §185 StGB
2016	135819	8847	14034	639	272662	2607	3774	40
2017	122044	7556	12366	551	234635	2554	3328	39
2018	135934	8433	14358	579	225920	2675	3335	33
2019	138904	9377	15374	599	194840	2902	3286	52
2020	145689	9700	16541	630	175305	2843	3431	36
2021 (bis 07.02.2021)	18124	1116	2282	85	31705	416	621	8

5. Prozentualer Anteil der Jugendverfahren an der Gesamtzahl der Eingänge der StA und AA

Systemeingangsjahr des Verfahrens	Prozentualer Anteil Js-Verfahren	davon mit Verstoß gegen §123 StGB	davon mit Verstoß gegen §185 StGB	davon mit Verstoß gegen §123 StGB und §185 StGB	Anzahl UJs-Verfahren	davon mit Verstoß gegen §123 StGB	davon mit Verstoß gegen §185 StGB	davon mit Verstoß gegen §123 StGB und §185 StGB
2016	11,64%	13,48%	10,43%	8,79%	0,32%	0,17%	0,60%	0,00%
2017	12,08%	12,78%	10,95%	10,33%	0,34%	0,15%	0,60%	0,00%
2018	11,84%	12,28%	10,21%	9,26%	0,33%	0,21%	0,43%	0,00%
2019	11,53%	12,00%	9,68%	7,60%	0,32%	0,00%	0,82%	0,00%
2020	12,03%	12,50%	10,06%	7,22%	0,36%	0,13%	0,89%	2,08%
2021 (bis 07.02.2021)	12,57%	11,89%	10,78%	7,69%	0,19%	0,44%	0,51%	0,00%

	Jahr 2016				Jahr 2017				Jahr 2018				Jahr 2019				Jahr 2020				Jahr 2021 (bis 07.02.2021)			
höchstwertige Erledigung	Anzahl Verfahren	davon mit §123 StGB	davon mit §185 StGB	davon mit §123 StGB und §185 StGB	Anzahl Verfahren	davon mit §123 StGB	davon mit §185 StGB	davon mit §123 StGB und §185 StGB	Anzahl Verfahren	davon mit §123 StGB	davon mit §185 StGB	davon mit §123 StGB und §185 StGB	Anzahl Verfahren	davon mit §123 StGB	davon mit §185 StGB	davon mit §123 StGB und §185 StGB	Anzahl Verfahren	davon mit §123 StGB	davon mit §185 StGB	davon mit §123 StGB und §185 StGB	Anzahl Verfahren	davon mit §123 StGB	davon mit §185 StGB	davon mit §123 StGB und §185 StGB
offen	3	0	0	0	10	0	0	0	38	1	1	0	217	6	12	0	3031	86	173	8	1829	55	112	5
Abgabe innerhalb derselbigen Staatsanwaltschaft In anderes Dezernat	619	25	35	4	593	12	38	0	713	19	34	3	560	8	42	1	580	22	36	0	52	2	6	0
Abgabe an andere Staatsanwaltschaft	2067	70	85	3	2302	51	83	2	2780	47	95	1	2948	77	89	3	2540	57	96	1	23	0	1	0
Abgabe an Verwaltungsbehörde als OWi gem. §§ 41 II, 43 OWiG	163	2	0	0	170	0	0	0	166	0	0	0	137	0	0	0	183	7	2	0	12	0	0	0
Ablehnung der Übernahme	102	0	2	0	112	1	2	0	182	1	4	0	179	1	6	0	264	2	8	0	20	0	0	0
Abtrennung der Person in Staatsanwaltschaft/Amtsanwaltschaft	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Anklage - Große Strafkammer	10	0	0	0	9	0	0	0	16	0	2	0	15	0	2	0	9	1	1	0	0	0	0	0
Anklage - Jugendkammer	28	0	4	0	31	1	2	0	34	1	3	0	42	3	2	0	25	2	1	1	0	0	0	0
Anklage - Jugendrichter	4191	119	335	16	4530	143	358	22	4192	111	408	25	4022	94	347	15	3321	124	318	14	160	5	17	1
Anklage - Jugendschöffengericht	865	66	108	10	815	49	108	15	720	37	79	7	824	37	87	7	578	30	52	5	25	1	2	0
Anklage - Schöffengericht	83	2	2	0	67	4	4	0	73	2	5	0	67	5	6	3	59	2	1	0	0	0	0	0
Anklage - Strafrichter	391	7	26	0	354	10	31	0	361	8	17	2	400	12	35	1	298	18	32	3	14	1	1	0
Antrag sofortige Hauptverhandlung (§ 417 StPO)	1	0	0	0	1	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Antrag - vereinfachtes Jugendverfahren (§ 76 JGG)	1122	36	108	2	1360	34	153	6	1252	50	133	4	1106	51	127	9	1064	39	136	3	76	3	12	0
Antrag auf selbständige Einziehung	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Antrag auf Sicherungsverfahren	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	6	3	2	0	5	0	1	0	0	0	0	0
Einstellung - § 153 a I Nr. 1 StPO	7	0	0	0	5	0	0	0	8	0	0	0	6	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Einstellung - § 153 a I Nr. 1 StPO TOA/E	3	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einstellung - § 153 a I Nr. 2 StPO	30	1	3	0	42	0	1	0	52	1	1	0	51	1	2	0	23	11	0	0	0	0	0	0
Einstellung - § 153 a I Nr. 3 StPO (gemeinn. Leistung)	3	0	0	0	3	0	0	0	1	0	0	0	2	0	1	0	1	0	0	0	2	0	1	0
Einstellung - § 153 a I Nr. 5 StPO (TOA)	1	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einstellung - § 153 a I Nr. 6 StPO (Trainingskurs)	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einstellung - § 153 a I Nr. 7 StPO (Aufbauseminar)	1	0	0	0	1	0	0	0	3	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einstellung - § 154 d StPO	1	1	0	0	0	0	0	0	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einstellung - § 154 e StPO	0	0	0	0	10	1	0	0	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einstellung - § 45 II JGG	1310	33	97	5	1399	34	76	4	1378	52	96	6	1304	41	105	3	923	28	87	1	69	1	11	0
Einstellung - § 45 III JGG	4	0	1	0	3	0	0	0	3	1	0	0	5	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Einstellung - § 153 b I StPO	1	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0
Einstellung - § 153 c StPO	1	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einstellung - § 153 i StPO	919	35	20	1	809	15	21	2	874	8	23	0	667	14	15	2	581	14	17	1	37	1	0	0
Einstellung - § 153 I StPO Abgabe OWI	3	0	1	0	2	0	0	0	5	0	0	0	4	0	0	0	6	0	0	0	1	0	0	0
Einstellung - § 154 b I - 3 StPO	12	1	0	0	27	1	0	0	32	0	0	0	27	2	0	0	57	4	1	0	0	0	0	0
Einstellung - § 154 c StPO	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einstellung - § 170 II i.V.m. § 152 II StPO	69	2	2	0	97	1	2	0	79	0	1	0	55	1	1	0	51	2	2	0	3	0	0	0
Einstellung - § 170 II StPO	4606	82	191	5	4340	66	178	4	4438	67	189	5	4373	52	185	2	4012	42	170	2	267	7	14	0
Einstellung - § 170 II StPO Abgabe OWI	4	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	2	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0
Einstellung - § 170 II StPO objektiv keine Straftat	588	14	27	0	556	9	12	0	608	9	13	0	465	8	19	0	392	14	16	0	41	1	0	0
Einstellung - § 170 II StPO Privatklage	354	57	116	4	309	43	79	5	343	54	86	4	264	32	59	1	293	37	88	3	24	2	8	1
Einstellung - § 170 II StPO und selbständige Einziehung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Einstellung - § 170 II StPO Verfahrenshindernis	5811	386	661	13	5903	381	694	10	6382	467	695	12	6367	391	743	14	6389	481	841	6	602	37	95	0
Einstellung - § 20 StGB	18	0	3	0	11	2	0	0	14	1	3	1	21	1	3	0	43	1	3	0	2	0	0	0
Einstellung - § 31 a I BtMG	1104	0	0	0	1281	0	1	0	1361	0	0	0	1564	1	1	0	1576	0	0	0	147	0	0	0
Einstellung - § 31 a I BtMG und selbständige Einziehung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4	0	0	0	5	0	0	0	2	0	0	0
Einstellung - § 45 I JGG, § 153 StPO	5548	204	164	7	4948	157	143	7	5127	155	172	4	4633	172	112	1	4184	143	158	6	299	14	7	0
Einstellung - § 45 I JGG, § 153 StPO und selbständige Einziehung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Einstellung - § 154 StPO	2092	88	80	9	1824	84	58	6	1838	58	69	1	1316	63	45	4	700	17	27	3	21	0	0	0
Sonstige vorläufige Einstellung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Strafbefehl mit Freiheitsstrafe auf Bewährung	2	1	0	0	1	0	0	0	3	0	0	0	2	0	0	0	5	0	1	0	0	0	0	0
Strafbefehl ohne Freiheitsstrafe	419	8	40	1	331	6	24	2	329	10	26	2	506	53	32	0	501	14	35	0	65	0	5	0
Tod	12	0	2	0	22	2	1	0	22	1	0	0	18	0	1	0	30	1	1	1	1	1	0	0
Einstellung - § 153 a I Nr. 1 StPO	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	3	0	0	0	0	0	0	0
Einstellung - § 153 a I Nr. 2 StPO (Geldbetrag gemeinnützige Einrichtung)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3	0	1	0	11	1	1	0	0	0	0	0
Einstellung - § 153 a I Nr. 2 StPO (Geldbetrag Landeskasse)	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	3	0	0	0	15	0	1	0	0	0	0	0
Einstellung - § 153 a I Nr. 2 StPO (Geldbetrag Sammelfond)	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	8	2	0	0	1	0	0	0
Einstellung - § 153 a I Nr. 3 StPO (gemeinn. Leistung)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einstellung - § 153 a I Nr. 7 StPO (Aufbauseminar)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4	0	0	0	0	0	0	0
Einstellung - § 153 a I StPO (sonst. Aufl. o. Weis.)	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einstellung - § 154 e StPO	1	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	6	1	0	0	6	0	1	0	1	0	1	0
Einstellung - § 154 f StPO	377	26	7	3	525	27	10	3	742	45	15	2	945	67	20	1	1396	62	35	1	94	7	1	0
Einstellung - § 154 I StPO	41	3	0	0	85	6	2	0	175	9	6	2	513	22	18	2	1034	53	53	3	81	2	3	0
Einstellung - § 45 III JGG	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	9	0	0	0	1	0	1	0
Einstellungsbindung mit anderer Sache	5075	418	245	12	3776	222	185	10	3367	202	186	8	3890	305	219	4	5131	291	269	5	347	19	30	1
sonstige	14	1	2	0	8	0	0	0	8	0	0	0	3	0	0	0	4	0	0	0	0	0	0	0
Summe	37992	1699	2367	95	36682	1362	2266	98	37726	1418	2358	89	37569	1524	2339	73	33352	1608	2659	67	4319	159	328	8

Erledigung der Js-Verfahren der Jugendabteilungen im Zeitraum 01.01.2016 bis 07.02.2021 eingegangen sind

StGB = Strafgesetzbuch

OWiG = Ordnungswidrigkeitsgesetz

JGG = Jugendgerichtsgesetz

StPO = Strafprozessordnung

BtMG = Betäubungsmittelgesetz